

## AZ-Kommentar

## Die Brandstifter im Fußball-Stadion



Jürgen Eisenbrand: der stv. Chefredakteur über gefährliche „Fan-Kultur“

Für sogenannte „Ultras“ und andere Hardcore-Fans gehören liebevoll-verharmlosend „Bengalos“ genannte Feuerwerkskörper zur

„Fan-Kultur“ und sind offenbar unverzichtbar für eine gute Stimmung im Fußballstadion.

Dennoch will Bayerns Innenminister jetzt massiv gegen Fans vorgehen, die diese „Stimmungsmacher“ einsetzen. Ist Joachim Herrmann eine Spaßbremse? Mitnichten. Es ist schlichtweg inakzeptabel, wenn gefährliche Sprengkörper inmitten großer Menschenmengen gezündet werden. Wenn auf diese Weise Knalltraumata, Rauchgasvergiftungen und Brandverletzungen riskiert werden. Wenn „Bengalos“, wie geschehen, sogar gezielt auf andere Fangruppen, Ordner und Polizisten geworfen werden.

Der Fußball, das Stadion gehören nicht ein paar hundert – teilweise vermummten – Chaoten, sondern allen, die ein Spiel besuchen. Die ein Spiel genießen und ihren Stars zujubeln möchten, ohne sich dazu in Gefahr begeben zu müssen.

Die Politik greift hier zurecht ein. Und auch die Vereine sollten ihre heimliche Sympathie mit den Bengalo-Brandstiftern dringend überdenken.

## Neue Chefs Jain und Fitschen Loser?

## Zoff bei der Deutschen Bank



Umstritten: Deutsche Bank-Boss Anshu Jain.

Aufruhr. In einer kleinen Runde habe Ackermann Jain und Fitschen als „Loser“ (Verlierer) bezeichnet, erfuhr die Financial Times Deutschland (Mittwochausgabe) aus Kreisen des Geldinstituts.

Von Anfang an habe sich Ackermann gegen die Doppelspitze gestellt – und den Aufsichtsrat vor Risiken aus dem Investmentbanking gewarnt. Dieses wird von Jain verantwortet. Unter anderem durch die Affäre um den Interbankenzins Libor sehe sich der Ex-Chef nun in seiner Kritik bestätigt, hieß es weiter.

Unterdessen wollen die Grünen Jain und weitere Top-Manager vor den Bundestag zitieren. Das bestätigte jetzt der finanzpolitische Sprecher Gerhard Schick. „In den Großbanken läuft vieles immer noch wie vor der Krise“, sagte Schick dem Blatt. „Es kann nicht sein, dass das Volk die Banken mit Milliardensummen rettet, ohne dass die Volksvertreter Einblick in die Praktiken der Branche bekommen und die Fehler abstellen.“

## Immer weniger Sozialwohnungen



Seit 2002 nahm die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um rund 800.000 ab.

BERLIN Deutschland hat vor allem in den Großstädten und Ballungsgebieten zu wenig Wohnungen. Die Städte und Kommunen haben in Zeiten klammer Kassen zudem häufig vor allem für den Bau neuer Wohnungen für Geringverdienere kein Geld – und das hat dramatische Folgen. Die Zahl der Sozialwohnungen ist seit 2002 um rund ein Drittel auf

weniger als 1,7 Millionen zurückgegangen. Wie die „Ruhr Nachrichten“ schreiben, gab es Ende 2010 etwa 1,66 Millionen Sozialwohnungen in Deutschland – rund 800.000 weniger als noch 2002. Die Zeitung beruft sich auf Antworten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf eine parlamentarische Anfrage.

## Aktien rauschen in den Keller, Banker enttäuscht

Foto: Live Anspach



## Frustr über Pläne zur Euro-Rettung

FRANKFURT Lange Gesichter an den Börsen und bei den Finanzexperten... Man werde in den kommenden Wochen weitere Stützungsmaßnahmen für den Euro diskutieren, sagte EZB-Präsident Mario Draghi gestern nach einer Sitzung der Europäischen Notenbank in Frankfurt.

Besonders deutlich waren seine Worte nicht. Dennoch wecken sie Hoffnung. Für Laien heißen sie in etwa: „Es naht Rettung.“ Der verklausulierte Satz deutet auf eine geballte Rettungsaktion der

EZB und des künftigen Euro-Rettungsschirms ESM hin. Möglicherweise ist diese groß genug, um eine Phase der Entspannung in der Euro-Krise einzuläuten. Dennoch rutschen die Börsen nach Draghis Rede ins Minus. Was verbirgt sich hinter Draghis Äußerungen? Woher kommt das Geld für die EZB-Aktion? Warum sind die Anleger enttäuscht? Die wichtigsten Antworten im Überblick: – Was bringt der Anleihenkauf? Wenn ESM und EZB im großen Stil Anleihen kaufen,

erhöhen sie die Nachfrage. Dadurch sinken die Renditen, die die Krisenländer Investoren bei Auktionen bieten müssen. Durch die niedrigeren Zinsen wächst die Staatsverschuldung der Krisenländer langsamer. Ihre Regierungen gewinnen Zeit, ihre Sparprogramme und Strukturreformen voranzutreiben und ihre Wirtschaft zu stabilisieren.

– Wann startet der Anleihenkauf von EZB und ESM? Die EZB könnte theoretisch sofort eingreifen. Dieses Mal aber hat Draghi Bedin-

gungen gestellt. Die EZB will nur tätig werden, wenn die Regierungen der Krisenländer Reformen durchziehen. Eine koordinierte Aktion von EZB und ESM ist demnach frühestens Mitte September möglich.

– Wie riskant ist die Aktion der EZB? Neben einem moderaten Inflationsrisiko hätte ein gebündelter Anleihenkauf von EZB und ESM vor allem einen Nachteil: Die EZB mutiert zum Finanzier von Staaten. Das steht im Widerspruch zu ihrer Kernaufgabe, die Infla-

tion im Euro-Raum stabil zu halten. Die EZB gefährdet also ihre Unabhängigkeit und ihre Glaubwürdigkeit.

– Woher kommt das Geld für die Anleihenkäufe? Die EZB ist die letzte Instanz der europäischen Geldpolitik. Sie kann die Euro-Menge beliebig ausweiten und theoretisch unbegrenzt Geld drucken, um Anleihen zu kaufen. Praktisch sind aber auch der EZB Grenzen gesetzt. Denn wenn die Geldmenge im Vergleich zur Menge der Güter steigt, droht Inflation.

## Top-Bonität für Deutschland

FRANKFURT Es war ein kleiner Aufreger, als die US-Rating-Agentur Moody's vor zehn Tagen den Daumen über Deutschland senkte: Der Bonitätsausblick für die Bundesrepublik sei „negativ“ hieß es. Die Konkurrenz von

Standard & Poor's (S&P) dagegen hat jetzt Deutschlands Top-Note AAA bestätigt und einen „stabilen“ Ausblick bekräftigt. In der Mitteilung der Rating-Agentur hieß es: „Unserer Meinung nach hat Deutschland eine breit aufge-

stellte und wettbewerbsfähige Wirtschaft, die die Fähigkeit bewiesen hat, schwere wirtschaftliche und finanzielle Schocks zu verkraften.“ Die Bewertung spiegelte Deutschlands moderne, wettbewerbsfähige Wirtschaft wider.

## Merkel profitiert von Finanz-Krise

BERLIN 40 Prozent der Deutschen sind laut ARD-Deutschlandtrend mit der Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung zufrieden – das sind fünf Punkte mehr als im Juni. 59 Prozent sind nicht zufriede-

den. Mit der Regierungsarbeit der CDU sind 45 Prozent zufrieden und 52 Prozent unzufrieden.

Mit der CSU sind 26 Prozent zufrieden und 63 Prozent unzufrieden. Die Leistungen der FDP in der Bundesregierung werden schlechter beurteilt: Nur 12 Prozent sind damit zufrieden, 83 Prozent sind mit ihr unzufrieden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, Foto) belegt weiter den ersten Platz der Liste der abgefragten Parteipolitiker. Auch in anderen Umfragen

war dieser Trend abzulesen. Mit ihrer Arbeit sind laut der neuen Erhebung 68 Prozent der Deutschen zufrieden. Dies ist der beste Wert für Angela Merkel seit Dezember 2009. Mehr als zwei Drittel sind der Meinung, dass die Rettung des Euro bei der Kanzlerin in guten Händen ist.

Auf Platz zwei der Politiker-Rangliste folgt Finanzminister Wolfgang Schäuble. Platz drei belegt Verteidigungsminister Thomas de Maizière (beide CDU) vor SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Schlusslicht ist weiterhin FDP-Chef Philipp Rösler.



Vor allem Senioren trifft der Sparkurs Griechenlands.

## Griechen einigen sich aufs Sparen

ATHEN „Der Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde von der politischen Führung akzeptiert“, sagte Finanzminister Yannis Stournaras nach mehrstündigen Beratungen in Athen. Sozialistenchef Evangelos Venizelos forderte als Gegenleistung von der Troika aus Europäischer Union, EZB und IWF eine Streckung bei der Erreichung der Sparziele. Er stelle diese

Forderung aber zum Wohle des Landes zunächst zurück, sagte der Koalitionspolitiker. Griechenland muss sein Haushaltsdefizit von derzeit über 9 Prozent bis zum Ende des Hilfsprogramms 2014 auf unter 3 Prozent drücken. Die Koalitionspartner Sozialisten und Demokratische Linke hatten Verhandlungen mit dem Ziel gefordert, das Programm um zwei auf vier Jahre zu strecken.

## US-Präsident unterschreibt Direktive an die CIA

## Obamas geheimer Syria-Krieg

WASHINGTON Die US-Regierung erhöht ihre Unterstützung für die syrischen Rebellen der Freien Syrischen Armee (FSA). Nach eigenen Angaben unterstützen die USA die Widerstandskämpfer mit rund 25 Millionen Dollar. Die Summe sei zuletzt um 10 Millionen Dollar angehoben worden. Das Geld ist nach Angaben der US-Regierung für sogenannte „nicht-tödliche“ Ausrüstung bestimmt, darunter Medizin und Kommunikationstechnik. Washington stellt zudem 64 Millionen Dollar für humanitäre Hilfe durch die Vereinten Nationen und anderen Gruppen zur Verfügung.

US-Präsident Barack Obama hat nach einem Bericht des US-Nachrichtensenders CNN bereits vor einiger Zeit einen Geheimerlass unterzeichnet, der es der CIA offiziell erlaubt, den Rebellen zu helfen. Um welche Art von Hilfe es sich genau handele, sei nicht klar, heißt es bei CNN. Der Präsi-

dent habe die Direktive „in den vergangenen Monaten“ unterschrieben. Das Weiße Haus wollte die Informationen nicht kommentieren, stritt aber nicht explizit ab, dass die Rebellen verstärkt mit Geheimdienstinformationen versorgt würden.

Syrische Rebellen haben derweil einen Militärflughafen des Regimes in der Nähe von Aleppo angegriffen. Dabei setzten sie gestern auch einen Panzer ein, den sie zuvor von den Regimetruppen erbeutet hatten. Am Militärflughafen Minag, 30 Kilometer nordwestlich von Aleppo, sind jene Hubschrauber stationiert, mit denen die Regimetruppen die Stellungen der Aufständischen in Aleppo beschießen.

Kofi Annan tritt außerdem zum 31. August als Sondergesandter der Vereinten Nationen für Syrien zurück. Das teilte der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon am späten Nachmittag in New York mit.



Unterstützt die Rebellen im Kampf gegen Syriens Präsident Baschar al-Assad: US-Präsident Barack Obama.

## AZ kompakt

## FDP trauert um Liselotte Funcke

BERLIN Die FDP trauert um die frühere Abgeordnete, Landesministerin und Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funcke. Sie verstarb wenige Tage nach ihrem 94. Geburtstag. FDP-Chef Philipp Rösler würdigte Funcke als „große Persönlichkeit der deutschen Politik“. Funcke war von 1981 bis 1991 auch Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Sie gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zu den Mitbegründern der FDP.

## Polizei verhaftet Al-Kaida-Leute

MADRID Die spanische Polizei hat drei mutmaßliche Al-Kaida-Terroristen festgenommen. Wie Innenminister Jorge Fernández Díaz mitteilte, gab es „eindeutige Hinweise“ dafür, dass die Männer einen Terroranschlag in Spanien oder einem anderen europäischen Land geplant hätten.